

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Französische Zugeständnisse?

Paris, 21. Juni. (Eca.) Ueber die französische Stellungnahme zu dem englischen Fragebogen glaubt Philippe Millet im „Petit Parisien“ bereits einige Angaben machen zu können. Er schließt voraus, daß keine endgültige Entscheidung getroffen werden kann, solange die belgische Ministerkrise andauert. Hinsichtlich der französischen Auffassung über das Aufheben des passiven Widerstandes hätte der französische Botschafter in London in den letzten Tagen Lord Curzon ein umfangreiches Material überreicht, nämlich alle Verwaltungs-erlasse und die übrigen Dokumente, die die deutsche Regierung seit dem 11. Januar gegen die Befehlsmassnahmen erlassen habe. Frankreich verlange die

Annullierung dieser Verordnungen.

Da bezug auf die Anfrage der Engländer, ob man bereit sei, nach Einstellung des passiven Widerstandes die Befehle milder zu gestalten, müsse ein Mißverständnis vermieden werden: Es würde nicht genügen, daß Deutschland seinen Widerstand einstelle, um im Ruhrgebiet sofort die

Befehlsmassnahme zu verkleinern.

es würde jedoch vielleicht möglich sein, sofort die Stärke der Befehlsmassnahmen zu verringern, die nur infolge des deutschen Widerstandes ihre augenblickliche Höhe erreicht hätte. Ferner könnten die französischen und belgischen Behörden nach Einstellung des Widerstandes

zweifellos die Maßnahmen rückgängig machen, die gegen einzelne Persönlichkeiten getroffen

worden sind, die auf Befehl der deutschen Regierung Widerstand gegen die Alliierten geleistet hätten, wie z. B. Maßnahmen gegen streikende Eisenbahnarbeiter. Ueber die

progressive Räumung des Ruhrgebietes

sei folgendes zu bemerken: Frankreich und Belgien gedenken keinen Fingerbreit des besetzten Gebietes aufzugeben, bevor Deutschland seine Zahlungen begonnen habe. Dagegen könne man sich vorstellen, daß die Räumung

in zwei oder drei Etappen nach Maßgabe der Zahlungen

durchgeführt werden wird, wie dies Deutschland gegenüber Frankreich im Jahre 1871 getan hat. Der Teil des Ruhrgebietes, den Frankreich am 11. Januar zuerst besetzt hat, und der mit Eisen den Schlüssel zum Ruhrgebiet bildet, würde zweifellos zuerst geräumt werden. Dies, so schließt Millet, sind die Hauptgedankengänge, die der französische und der belgische Botschafter aller Wahrscheinlichkeit nach in den nächsten Tagen in London näher klarlegen wird. Sollte über diese Punkte ein Abkommen zustande kommen, so meint Millet, daß dann weiterhin über die endgültigen Summen der deutschen Schulden und über die Anteile der einzelnen Alliierten unter Berücksichtigung der interalliierten Schulden verhandelt werden müsse. Die Verhandlungen würden also infolge des Umfangs der Probleme Geduld erfordern und nicht allzu schnell zu Ende sein. Das einzige Ereignis, das eine Lösung beschleunigen könnte, sei eine Kapitulation Deutschlands.

Einem Londoner Drahtbericht der „B. S. am Mittag“ zufolge behauptet die „Westminster Gazette“, daß die französische Antwort auf den englischen Fragebogen folgende Punkte hervorhebt:

1. Frankreich ist der Ansicht, daß die Garantien der deutschen Denkschrift ungenügend sind. Eine gewisse Aufsicht über die deutschen Zölle, die Eisenbahnen und die Industriemittel, besonders sei ein interalliiertes Regime der Rhein- und Ruhrböden notwendig.

2. Frankreich ist bereit, die Befehle des Ruhrgebietes in eine „friedliche technische Aufsicht“ zur Ueberwachung von Sachlieferungen umzuwandeln, wenn die deutsche Regierung ihre Verordnungen, die den Widerstand im Ruhrgebiet verhängt haben, zurückziehe und keine Subventionsgelder mehr an die Streikenden zahle.

3. Die technische Aufsicht soll nur von ganz schwachen Truppenkörpern begleitet sein. Frankreich ist ferner bereit, eine Amnestie zu gewähren und sämtliche Verhaftungen freizulassen, wenn es Gewähre dafür hat, daß diese Persönlichkeiten und die Ausgewiesenen nichts unternehmen werden, um der Wirksamkeit der technischen Kommission bei der Durchführung ihrer Aufgaben Hindernisse in den Weg zu legen, wenn es sie wieder in das Ruhrgebiet hineinschleife. Frankreich ist bereit, Deutschland ein Moratorium zu gewähren.

Der diplomatische Mitarbeiter der „Westminster Gazette“ erblickt in dieser Antwort den Ausgangspunkt für eine interalliierte Aussprache.

Neue Delegation der Arbeiterpartei für das Ruhrgebiet?

Paris, 21. Juni. (W.T.B.) Der Londoner Berichterstatter des „Echo de Paris“ meldet, man spreche von einer offiziellen Reise der Führer der englischen Arbeiterpartei nach dem Ruhrgebiet. Diese beabsichtigten nach ihrer Rückkehr einen offiziellen Bericht über die Lage zu erstatten.

Linksdemokratische Opposition.

Paris, 21. Juni. (U.) Wie „Deuxième“ mitteilt, ist der Exekutiv-ausschuss der radikalsozialistischen Partei gestern Abend zur Beratung der innerpolitischen Lage zusammengetreten. Der Ausschuss hat einstimmig beschlossen, die radikalen Abgeordneten, die in der letzten Kammerdebatte für Poincaré stimmten, vor ein Disziplinargericht zu stellen. Beim Ausgang der Sitzung wurde folgende Tagesordnung angenommen:

Der Exekutiv-ausschuss der republikanischen und radikalsozialistischen Partei hat von der Schwäche der Regierung gegenüber

den aufrührerischen Royalisten Kenntnis genommen, sowie von der Unterstützung, die ihr seitens sämtlicher Rechtsparteien bei ihrem reaktionären Wirken zuteil wird. Der Ausschuss verurteilt diese Politik republikanischer Verzichtleistung und verlangt von allen Republikanern und Anhängern der Baiengesehe, sich formell von ihr loszusagen. Der Ausschuss beglückwünscht seinen Präsidenten Eduard Herriot und die Volksvertreter, die Herrn Poincaré ihr Vertrauen vorenthalten. Er erinnert die Abgeordneten der Partei an den Respekt, der den auf verschiedenen nationalen Kongressen festgesetzten Disziplinavorgaben zukommt. Daher fordert er die Herren Albert Sarraut, Strauß und Paul Basson, Mitglieder der Partei, auf, nicht mehr in einem Kabinett mitzuarbeiten, dem die Gegner geschlossen ihre Stimme bewilligen.

Das andere Frankreich.

Paris, 21. Juni. (W.T.B.) Die Liga für Menschenrechte veranstaltete gestern Abend eine Kundgebung gegen die Ruhrbefehle, bei der als Redner auftraten: der radikale Abgeordnete Souffron und die sozialistischen Abgeordneten Routet und Vincent Auriole. Letzterer bezeugte die Befehle des Ruhrgebietes als den Friedhof des Friedens und den Friedhof der Reparationszahlungen. Außerdem sprach noch der eifrige Sozialist Grumbach.

Mottas Rede über den Völkerbund.

Das Völkische Bureau verbreitete gestern einen Bericht über die Erklärungen des schweizerischen Bundesrates Motta über den Völkerbund. Wie die „Völkische Zeitung“ auf Grund der Meldung ihres Genfer Korrespondenten nun mitteilt, enthielt dieser Bericht gerade die für Deutschland wichtigste Stelle nicht. Bundesrat Motta sagte u. a.:

Es wäre sehr wenig angebracht, in einem Moment von einem möglichen Austritt der Schweiz aus dem Völkerbund zu reden, wo Argentinien seinen Platz in der Versammlung wieder einzunehmen sich anstrengt und wo die Vereinigten Staaten sich dem Völkerbunde nähern und bereits dem internationalen Gerichtshof beigetreten sind. „Was Deutschland angeht“, fuhr Motta fort, „so ist es seine eigene Schuld, wenn es noch nicht nach Genf gekommen ist. Es ist sehr wahrscheinlich, daß, wenn es gekommen wäre, sich die Ruhrfrage überhaupt nicht gestellt hätte.“

Daß das offiziöse W.T.B. gerade diese Stellen der Mottaschen Rede nicht veröffentlicht hat, ist umso bedenklicher, als man aus dieser Unterlassung bestimmte Schlussfolgerungen über die Stellungnahme des Auswärtigen Amtes zum Völkerbundproblem ziehen könnte.

Marksturz und Ministerkrise in Polen.

Warschau, 21. Juni. (W.T.B.) Der Rücktritt des Finanzministers und des Handelsministers wegen des katastrophalen Sturzes der polnischen Mark gilt heute als beschlossene Sache. Finanzminister soll der frühere Finanzminister Miszkowski werden, der sich zunächst noch ablehnend verhält.

Von selten des Finanzministeriums sind Verfügungen über Verfügungen getroffen worden. Die Warschauer Börse wurde geschlossen, ebenso die anderen Börsen in Polen. Diese Maßnahme soll bis Freitag andauern. Sämtliche Banken sollen bis dahin ihre Depositen an die polnische Bundesdarlehnskasse abgeben haben. Gegen einige Banken wird wegen Nichtangabe ihrer Depositenverhältnisse gerichtliche Vorgegangen werden. Weitere einschneidende Verordnungen werden geplant.

Arbeitslosendemonstration.

Braunschweig, 21. Juni. (U.) Infolge der Leertung und der starken kommunistischen Agitation macht sich unter der Bevölkerung eine steigende Unruhe bemerkbar. Am Mittwoch demonstrieren die Arbeitslosen vor dem Ministerium. Die Menge war sehr erregt. Eine Abordnung verhandelte mit dem Minister Grothwohl, der jedoch keine endgültige Zusage machen konnte. Nachdem die Menge den Bericht ihrer Abordnung entgegengenommen hatte, zerstreute sie sich. Zu gleicher Zeit demonstrieren die Bauarbeiter vor dem Glöckchen, in dem Lohnverhandlungen stattfinden.

Die neuen Tarife.

Eine neue Erhöhung der Postgebühren ist für den 1. August in Aussicht genommen. Bekanntlich tritt schon am 1. Juli eine bedeutende Erhöhung ein. Der Reichsverkehrsminister ist dem Beschluß des Staatsbahnrates auf Erhöhung der Personenverkehrsstarife beigetreten, hat aber in Anbetracht der Besserung des Marktursums der Güterstarife Erhöhung nur mit dem Betrage von 200 Proz. zugestimmt. Nach dieser Erhöhung werden die Güterstarife das 1800fache der Vorkriegsstarife betragen.

Unsicherheit der Börse.

Die heftigen Schwankungen am Devisenmarkt dauern an. Im offiziellen Berichts an der Berliner Börse bewegte sich der Dollar zwischen 120 000 und 132 000. Am Schluß der ersten Börsenstunde stellte er sich auf 129 000. Das Geschäft am Effektenmarkt bewegte sich in ruhigen Bahnen, bei eher etwas schwächeren Kursen. Aus der Provinz lagen ziemlich umfangreiche Verkaufsaufträge vor.

Alternder Faschismus.

O. L. Rom, Mitte Juni 1923.

Bisher pflegten die Ministerpräsidenten in Italien ihre politischen Reden in der Kammer zu halten und nicht im Senat, in dem von dem Volke gewählten Teil des Parlaments, nicht in dem von dem König ernannten. Anders natürlich im faschistischen Regime, das von der Verachtung der Massen ausgeht und sich ganz instinktiv hingezogen fühlt zur Vertretung der konservativen und rückständigen Elemente des Landes. Mussolini, der politische Redorbredner unserer Zeit und vielleicht des ganzen Jahrhunderts, hat also im Senat gesprochen. Er hat eine endlos lange Rede gehalten, eine Kehlkopf- und Lungenleistung erster Ordnung; und hat es verstanden, nichts zu sagen über all die Dinge, über die man Erklärungen der Regierung erwartet. Nimmt man die Frage der auswärtigen Politik aus, in der er ein klares Topföde der Haltung seiner Regierung gegeben hat, das die Korrespondenzbureau bereits übermittelt haben, so hat er in der mit so großer Feierlichkeit verkündeten Rede nichts gesagt, was wir nicht alle Tag für Tag in den faschistischen Zeitungen lesen könnten. Die regierungsthorizonte Presse hat ihm alles vorweg genommen; er kann auch nichts mehr anderes tun, als sich selbst jähren, die von ihm inspirierte rechtgläubige Presse. So hat die jugendliche Regsamkeit des Faschismus einen Stich ins Fossile bekommen. Es ist immer dieselbe Geste, dieselbe gebolte Faust, dieselben zusammengepreßten Lippen, dieselbe Pose der mühsam zurückgebändigten Energie. Und das Bild nützt sich ab, wie sich Alkohol und Kofain in ihrer Wirkung abnützen: man braucht immer stärkere Dosen.

Von der Rede hatte man manches erwartet. Zunächst hatte man geglaubt, zu erfahren, warum der internationale Geldmarkt auf das Finanzepöde des Ministers De Stefani, das doch so viel günstiger klang als die der Vorgänger, mit einem Sinken der italienischen Lire geantwortet hat. Ein Wort über die wachsende Teuerung, die Zunahme der Arbeitslosigkeit, die Wohnungsnot, das Verschwinden des Judentums vom italienischen Markt und solche Dinge schlen aus dem Munde des Oberhauptes der Regierung nicht unangebracht. Aber die Rede hat sich auf ganz andern Bahnen bewegt, auf den ausgetretenen Bahnen, auf die sich in einer Art hypnotischer Starrheit der geistige Blick des Faschismus richtet, unbekümmert um den Wechsel äußerer Geschehens.

Seit den Oktobertagen der Besthergreifung ist manches in Italien anders geworden. Wohl ist die Arbeiterbewegung fast völlig geknebelt, das Versammlungsrecht aufgehoben, die Pressefreiheit in der Praxis abgeschafft, die Brief- und Telephonzensur in Blüte, aber doch gibt es heute eine antifaschistische Strömung im Bürgertum selbst, eine vorwiegend monarchistische Opposition, wie es ein unmerkliches Bestreben der faschistischen Regierung gibt, dieser Opposition Rechnung zu tragen und mit ihr zu patieren. Es heißt, daß diese Gegenbewegung von sogenannter „allerhöchster Stelle“ ausgehe, vom König selbst, der sich nicht mit der rein dekorativen Rolle befrieden kann, die ihm der Faschismus und die Diktatur antweisen. Von all dem ist kein Wort in der Rede zu finden.

Die Rede könnte, wenn man von den Bemerkungen über die auswärtige Politik abläßt, auf einem Parteitag der faschistischen Partei gehalten worden sein. Wir erfahren, daß diese Partei 550 000 Mitglieder hat, darunter 300 000 Bewaffnete, und außerdem anderthalb Millionen Gewerkschaftler zählt, von denen Mussolini sagt, daß sie ihm keinerlei Umstände machen. „Man fragt mich, ob wir in Italien unser Lager aufschlagen wollen, wie ein feindliches Heer, das die übrige Bevölkerung bedrückt. Das ist das Thema der philosophischen Betrachtung von Macht und Zustimmung.“ Was mag mit diesem Rätselwort gemeint sein? Ebenso merkwürdig ist die Erklärung, die freiwillige Miliz (in die alle Faschisten obligatorisch eingetragene werden) habe dem König nicht den Treueid geleistet, weil der König über den Parteien stehen soll. Wie geht es da zu, daß der Staat für eine Parteiliz zahlen soll, die zu sehr Parteiwerkzeug ist, um dem Staatsoberhaupt Treue zu schwören und der doch die Exekutivgewalt für den Sicherheitsdienst gegenüber allen Bürgern übertragen ist?

Deutschlich ist der Teil der Rede, in dem das alte Klischee der Zermalmung des Gegners wieder herangezogen wird. Mussolini hat gesagt, daß seit Oktober rund 2000 Kommunisten und Sozialisten verhaftet, so und soviel Schußwaffen, Dynamitpatronen, Dolche usw. beschlagnahmt worden sind. Von den Verhaftungen wurden nur 150 aufrechterhalten. „Es handelt sich um Elemente der Unruhe und des Umsturzes. Kann sein, daß das liberale Regime es zuläßt, diesen Leuten freie Hand zu lassen, aber ich kann mich dieser Handhabung nicht anschließen.“ Dann kommt das alte Lied von dem Edelmut des Faschismus, der seine Gegner hat leben lassen, obwohl er die Macht gehabt hätte, sie zu töten; ihm folgt der nachstehende Zusatz: „Ich weiß nicht, ob es (das Verschonen des Gegners) gut war oder schlecht. Ich werfe diese Frage nicht auf, und sage mit einer Offenheit, die vielleicht brutal scheint, daß ich morgen, wenn es nötig wäre, den Hut, die Kraft und die Mittel habe, das Unterlassene nachzuholen.“ Dann wird noch einmal die „religiös-mystische Ergebnisse“ der Miliz aufgeführt, obwohl dieser Mystizismus der Hingabe längst viel konkreteren Triebfedern Platz gemacht hat. Man wird weiter gewarnt, nicht auf die Kräfte des Faschismus zu bauen. „Wenn eine Partei die Regierung in Händen hat, so behält sie sie, wenn sie will, denn sie hat gewaltige Kräfte zur

Verfügung, um ihre Herrschaft immer fester zu gestalten. Die Pflicht von dem Dienste des Staates oder des Vaterlandes, ist hier wie andere altmodische Sachen, ganz fallen gelassen. Man dient nicht dem Vaterlande und dem Staate, man bedient sich ihrer, um an der Herrschaft zu bleiben. Das ist der religiös-mythische Kitt, der die Faschisten eint.

Aus dem trostlosen Grau der Rede haben gewiss auch die alten Herren im Senat eine gewisse Greisenhaftigkeit herausgehört: kein Programm, kein Ziel, nur: „Ich, Mussolini, will, ich habe diesen Ehrgeiz, ich arbeite 16 Stunden, und dann der Wunsch, der bei allen, die sich für den Mittelpunkt der Welt halten, durchklingt, der Wunsch, sich selbst los zu werden. „Ich möchte mich in Demut berauschen, wenn das möglich wäre“, sagt der Ministerpräsident und versteht, daß es ihm nicht möglich ist, daß dies nur denen vergönnt ist, die größere Dinge kennen und fühlen als sich selbst.

So war die „große politische Rede“ nichts als eine lange Rede, die uns Elemente liefert zur persönlichen Charakteristik des Faschistenführers. Man kann ihr keinen Hinweis auf die politische Haltung der Regierung entnehmen. Der Faschismus ist unklar über seinen Weg und stellt die Frage seiner Machtbehauptung in den Vordergrund: erst leben, dann regieren. Und dabei die panische Angst vor jeder Opposition, die bis zur Rechtsbeugung, bis zur Lächerlichkeit geht. Kaum haben die Richter überall in der Voruntersuchung die Kommunisten freigesprochen, denen die Unterzeichnung des antifaschistischen Moskauer Manifests als Landesverrat angedreht werden sollte, so haben wir schon ein neues Komplott, das mit der Verhaftung eines angeblichen Vertreters der dritten Internationalen eingeleitet wird. Und die Komplottschneiderei beschränkt sich nicht auf die Opposition der Linken. Man hat in Mailand vier frühere Legionäre von D'Annunzio verhaftet, weil sie „geheime Zusammenkünfte gegen die Regierung abhielten, an denen verschiedene Elemente teilnahmen“. Also auch das ist jetzt verboten. Einen komischen Beigeschmack gewinnt diese Verhaftung durch folgendes Telegramm, das Mussolini an den Präfekten von Mailand gerichtet hat: „Wenn kein zuverlässiger Tatbestand vorliegt, befehlen Sie die Freilassung der unlängst verhafteten Individuen. Ein paar enttäuschte Kanakillen und vier melancholische Idioten bilden keine ernste Gefahr für mich und noch weniger für meine Regierung.“ Man fragt sich nur, ob derartige Diensttelegramme nicht eine Gefahr, wenn auch nur eine solche der Nüchternheit, für die Regierung bilden.

Zum entscheidenden Schlag holt die Regierung jetzt bei der Wahlreform aus. Der Regierungsentwurf geht auf ein System der Listenwahl mit Majoritätsvertretung aus. Die Listen werden für eine Region (Provinz), für die Lombardien, der Piemont usw. aufgestellt, aber die Summe der für eine Partei im ganzen Lande abgegebenen Stimmen gibt den Ausschlag für die Verteilung der Mandate. Die Partei, die die absolute Mehrheit erzielt, erhält zwei Drittel aller Mandate; die übrigen werden nach dem System des Proporz verteilt. Innerhalb jeder Liste geben die Vorzugsstimmen den Ausschlag. Der Entwurf wäre ein Sprung ins Dunkle, der uns zu einer Merkmalen Regierung verhelfen könnte, wenn nicht der faschistische Knüttel dem „soveränen Volk“ bei der Wahl die Hand führt. Die letzten faschistischen Siege bei den Gemeindevahlen geben uns einen Vorgeschmack der Orgie freier Rechtsentfaltung, durch die das italienische Volk im nächsten Herbst seinem Bedürfnis nach Disziplin und geistigen Werten Ausdruck geben soll und wird.

Die Dolchstößler.

Unsere sogenannten „nationalen Kreise“ suchen schon lange nach einem Vorwand für ihre Heße gegen die Sozialdemokratie, die sich neuerdings insbesondere durch maßlose Angriffe gegen Severing offenbart hat. Sie wissen sehr wohl, daß Minister Severing der erste Vertraute der Ruhrarbeiterfront ist, die in der vordersten Linie der Abwehrfront steht. Sie wissen ferner, daß ihre wahnsinnige Mordheße deshalb nichts anderes ist, als ein Dolchstoß gegen die Ruhrfront,

Anatole France gegen die Kriegsgefahr.

In der Vaterstadt von Jean Zola's wurde kürzlich sein Denkmal enthüllt. Greisend ist, was der große Dichter Anatole France bei dieser Gelegenheit zur einschlägigen Not unserer Zeit sagte:

„Genau wie 1914 sehen wir heute am Vorabend des Krieges. Alle Frankreich regierenden Mächte bekennen und erklären dies. Ehemals fragte man uns, als die Menschenschächterei ohne allen Grund verlangt wurde: Es wird der letzte Krieg sein. Heute erklärt man uns: „Rüftet zum Kriege; wir werden ihn in zwanzig Jahren, in zehn Jahren, vielleicht auch schon früher haben. Vielleicht werden wir ihn aber sofort haben, wenn wir die Ruhr, die den Deutschen die Munition liefern soll, räumen würden.“

Ich weiß nichts hier von. Ich darf auch nicht sagen, daß es unmöglich ist. Aber wer trägt die Schuld? Hat unsere Politik nicht alles getan, um diesen neuen Krieg, den man uns ankündigt, herbeizurufen und sein Kommen zu beschleunigen? Wir haben den Frieden nicht zustande gebracht. Ich sagie es euch schon, weder kann die Bourgeoisie, noch will, oder wird sie den Frieden herbeiführen.

Der Krieg ist nicht beendet. Ihr seht es doch wohl, daß wir seit Waffenstillstand im Kriege sind. Welche Tat kann einen härteren und bezeichnenderen Charakter der Feindschaft tragen als die Besetzung der Ruhr? Mit Aufwand von Geist und Scharfsinn will man uns nachweisen, daß diese Tat notwendig sei, um in den Besitz unserer Forderungen zu gelangen. Aber glaubt ihr nicht, daß eine entscheidende und friedliebende Aktion dem Ziele näher gekommen wäre, und daß die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit einem an unser Land grenzenden Staat, der stärker an Bevölkerung, Industrie und Handel ist, uns mehr Bürgschaften für unsere Bereicherung gegeben hätte als ein mit bewaffneter Hand geltend gemachter Anspruch, der uns bislang sehr viel gekostet hat?

Wie steht unser Volk da, und in welchem unwürdigen Zustand der Schaffrädigkeit ist es versunken? Sind wir so weit gekommen, daß wir alle Fehle der Selbstbehauptung verloren haben und daß wir alle Dinge abwickeln lassen durch ein Parlament, das uns dem Untergang entgegenführt, und dies nicht so sehr durch glänzende Verurteilungen und Dummheiten des Senies als durch den Impuls der Unwissenheit und der Dummheit? Sollen wir unser Schicksal diesem Parlament überlassen?

Bürger, erinnert euch der Stimme von Zola's: Fünf Jahre vor dem Kriege sagte dieser große Mann: „Ich habe den Glauben an die Möglichkeit eines europäischen Kongresses. Ich habe den Glauben an die Möglichkeit einer Annäherung zwischen Frankreich, England und Deutschland.“

Zola's, ich will dich heute nicht besonders in der prächtigen Unsterblichkeit in Bronze und Marmor. Du würdest uns zu sehr entrückt werden. Ich will dich sehen, wie wir dich lebend gekannt

aber dennoch verstehen sie es, in angeborener Demagogie sich den Anschein zu geben, als ob sie mit ihren Kampf gegen den preussischen Innenminister eine „nationale Tat“ vollbringen.

Wie diese „nationalen Taten“ in Wirklichkeit aussehen, hat der Münchener Fuchs-Wachhaus-Prozess bewiesen; das hat die Stellung der Agrarier und Industrie zur Garantiefrage gezeigt, wo die Opferbereitschaft für das Vaterland an Bedingungen geknüpft wurde, die das Opfer in vielfacher Beziehung decken. Aber trotzdem wagen es dieselben Leute, die sozialdemokratische Presse erneut des Dolchstoßes gegen die Ruhrfront zu bezichtigen, weil sie in Betracht unserer katastrophalen Wirtschaftslage versucht, einen Weg zur Verständigung zu finden, der sowohl für Frankreich wie für Deutschland gangbar wäre.

Her Hufsong im „Tag“ fühlt sich besonders berufen, uns den Vorwurf des Dolchstoßes zu machen. Er schreibt u. a.: „In dieser Stunde, da der „Erfolg“ des Taschenspieler Poincaré sich als ein Bankrott erweisen will, kommt der infame Dolchstoß des „Sozialdemokratischen Parlaments-Dienstes“.

Wir würden Herrn Hufsong, vorausgesetzt, daß er überhaupt belehrbar ist, empfehlen, selbst die Zustände im Ruhrgebiet zu studieren. Vielleicht ändert er dann sehr schnell seine Meinung über den „Erfolg des Taschenspieler Poincaré“. Im übrigen aber richtet Hufsong den Vorwurf des Dolchstoßes an die falsche Adresse. Hätte sein Anwurf einen Sinn müßte er sich gleichzeitig gegen die Reichskanzlei und das Auswärtige Amt richten, die längst nicht mehr daran denken, die Verhandlungen von einem vorherigen Umarsch aus dem Ruhrgebiet abhängig zu machen, sondern die in Erkenntnis der wahren Sachlage zu einem Waffenstillstand auf Gegenseitigkeit bereit sind. Am Mittwoch veröffentlichte die „B. Z. am Mittag“ eine Unterredung der „Westminster Gazette“ mit einem zurzeit in London weilenden deutschen Diplomaten über die Möglichkeit einer Lösung des Ruhrkonfliktes. In dieser Unterredung wurden als Voraussetzung für den Verzicht auf den passiven Widerstand folgende Bedingungen aufgestellt:

1. Frankreich muß seine Truppen unsichtbar machen und bald ganz zurückziehen;
2. Eingriffe in die deutsche Industrie und in den Betrieb der Eisenbahn müssen aufhören;
3. Es muß eine vollständige Amnestie für alle Gefangenen gewährt und den Ausgewiesenen muß gestattet werden, ins Ruhrgebiet zurückkehren zu können.

Nichts anderes als dies haben der „Soz. Parlaments-Dienst“ und der „Vorwärts“ als Voraussetzungen für einen Waffenstillstand empfohlen. Diese Vorschläge waren in ihren Einzelheiten noch wesentlich präziser, als die des „sehr gut unterrichteten deutschen gräflichen Diplomaten“ in London. Vielleicht erkundigen sich die „nationalen Kreise“ bei Herrn Cuno und Herrn Rosenburg, ob die Vorschläge dieses Diplomaten im offiziellen Auftrage gemacht wurden oder nicht. Die Gewissenlosigkeit des neuesten Angriffes gegen uns wird dann auch dem Bändelsten sichtbar sein.

Die Mordheße geht weiter.

Die Abfuhr, die die deutschvölkischen Heßer im Landtag erhalten haben, hält sie nicht ab, ihre laubere Heße gegen Volksgenossen fortzusetzen. Der tote Schlageter soll scheinbar und für längere Zeit dazu herhalten, über Deutsche in der gemeinsten Weise herzugreifen. Ein Bericht über eine deutschvölkische Schlageter-Feier meldet:

Der große Saal, der die Menge der Erschienenen kaum fassen konnte, war mit Eichenlaubkränzen geschmückt, auf der Bühne erhob sich ein von militärischen Emblemen umgebener Altar. Vaterländische Musikstücke leiteten zu dem Einzug der Banner der nationalen Verbände über, die unter den Klängen des „Hohenfriedberger“ zu beiden Seiten des Altars aufstellung nahmen. Dann hielt Reichstagsabgeordneter Reinhold Wulle die Gedächtnisrede, in der er die letzte Stunde Schlageters schilderte und seiner Empörung über den an ihm begangenen Verrat Ausdruck gab. „Am Bes Schlageter“, so führte er aus, „trauert heute ganz Deutschland, allerdings nicht das Deutschland der Juden, sondern das der wahren völkischen Deutschen. Poincaré und seinen

haben. In dieser kritischen Stunde, die von schrecklicheren Gefahren erfüllt ist, als unserem Reichsinn erscheint, haben wir Behren aus Deinem Weisheitsbrunnen nötig. Wir fragen Dich, unsern Meister und Freund, Du Bestre der Menschen: mahne uns und gib uns Deinen Rat!

Hardt, Bürger, auf den Mann, den zu verehren ihr hieher gekommen seid, und dessen Bild sich niemals irrt! Nie haben wir uns in einer bedrohlicheren und tragischeren Lage befunden als dieser, die uns durch den Kurzbild und den Irrtum unserer heutigen Führer vorbereitet worden ist.“

Kleines Theater: „Das verlorene Amulett“. Gustav Kiehl und Eugen Burg haben ein wahres Erlebnis der einst berühmten Wiener Schauspielerin Katharina Schraitz zum Mittelpunkt ihres Lustspiels gemacht: den Aberglauben an einen Talisman, der dem Besizer Glück bringt. Das Spiel um dieses Amulett — es ist eine kleine Göttemünze des Kaisers Hadrian — ist mit Geschick entworfen und zugleich für die Herbeiführung zweier Verlobungen ausgenutzt. Der Herr von Resselrode hat die Münze einer von ihm verehrten Schauspielerin geliehen. Sie hat seitdem ihr Glück gemacht, ist Fürstin und ungewordene Witwe geworden und hängt nun mit allen Fasern an dem Amulett. Um seinem Reffen die Münze der Fürstin zu verschaffen, bleibt dem Baron kein anderes Mittel, als die Münze zurückzuverlangen, und da sie natürlich verweigert wird, mit Pfändung und Verhaftung, Offenbarung und Anzureden. In diesem artig geschürzten Drama und Drama finden sich die beiden Hadernden wieder, und da der Baron die gestohlene Münze wieder beschaffen kann, wird der Widerstand gegen die Verlobung von Hans und Grete gebrochen. Zwei Paare empfehlen sich zum Schluss.

Die ältere deutsche Lustspieltradition ist so wieder einmal aufgenommen und wird mit allerlei Bühnenwitz und Einfällen belebt. Aber trotz aller Routine würde es Rängen und tote Stellen zeigen, wenn nicht Ida Wüst ihre Rolle mit allem Charme, mit Laune, Lebenswürdigkeit ausfüllte. Sie plauscht auf das angenehmste „Weanerisch“, macht alle Unmöglichkeiten wahr und bezieht auch den rabiatesten Gegner allen Aberglaubens. Neben ihr besticht Curt Keller-Redri als ihr alter Bekehrer, der noch spät zum Ziele kommt. Das junge Paar und die Chören sollen etwas ab.

Endlich einmal ein Sommertheater, das keine Operette spielt und auch keine Pössl!

Neue Naturschutzgebiete in Schlesien. Zwei im Landkreise Liegnitz gelegene Gebiete, „Der Peiß“ und „Das verlorene Wasser“, sind durch eine Verordnung des preussischen Kultusministeriums zu Naturschutzgebieten erklärt worden. Es handelt sich um zwei zusammen etwa 44 Hektar große forstwirtschaftliche Gelände, die durch eine bemerkenswerte Pflanzen- und Tierwelt ausgezeichnet sind. Es ist verboten, in diesen Gebieten Tiere zu beunruhigen, zu fangen, zu töten usw., Pflanzen zu entfernen und zu beschädigen, irgendwelche Veränderungen der Bodenschicht vorzunehmen oder auch außerhalb Anlagen zu errichten, die eine Trodenlegung herbeiführen könnten. Auch bauliche Anlagen dürfen dort nicht ausgeführt werden, und das Betreten ist nur mit einem Ausweis gestattet.

läßlichen Auftraggebern wäre es nicht gelungen, diesen Heßen gefangen zu nehmen und zu ermorden, wenn das wahre Deutschtum Schlageter gehütet und nicht verraten hätte, wie dies leider der Fall gewesen wäre. Zwei Spiegel, die sich in die nationale Bewegung eingeschlichen, hätten ihm ein schönes Ged den Franzosen preisgegeben. (Zuruf von der Galerie: Rache an dem Hochverräter Severing.) Mit einem Treuschwur der Versammelten, das Gedächtnis Schlageters jederzeit in Ehren zu halten und in seinem Geiste weiter zu wirken, schloß die Gedächtnisfeier.

Wenn Worte Sinn haben, und der tapfere Etappenheld Wulle weiß zweifellos was er will, dann läuft das alles doch nur auf eine verdeckte Heße gegen alle nicht deutschvölkischen, gegen den Minister Severing im besonderen, hinaus und bedeutet eine erneute Aufforderung, Sprengungen, Attentate usw. fortzusetzen. Mit dieser Gesellschaft über nationale Befinnung zu streiten, lohnt sich nicht. Wir stellen nur fest, daß sie, wo sie können, die Zerfleischung Deutschlands und den Bürgerkrieg propagieren. Niemand wird sich mehr über ihre Arbeit freuen als Poincaré.

Kadets Nationalbolschewismus.

Die Kommunisten sind in der Wahl ihrer Mittel niemals wählerisch. Als zu Beginn der Ruhrbesetzung die Sozialdemokratie betonte, daß auch für die Arbeiterfront ein starkes nationales Interesse an der erfolgreichen Abwehr des fremden Vorstoßes bestünde, glaubte die „rote Fahne“ eine günstige Parole zum Angriff auf die Sozialdemokratie zu haben. Dabei suchte sie an die Gedankenwelt der Arbeiterfront anzuknüpfen und spielte gegen nationale Interessen internationale Gedanken aus. An der Ruhrbesetzung war nur Cuno's Sabotage der Erfüllungspolitik schuld. Die früher in Grund und Boden verdamnte Wirtschaftserfüllungspolitik entdeckte man neu. Die „historische Aufgabe des Proletariats war jetzt auf einmal die „Befriedigung der französischen Bourgeoisie auf Kosten der deutschen Industrie unter dem Druck der deutschen Arbeiter.“ Brandler und andere Strategen verbreiteten sich darüber spaltenlang.

Aber die Stimmung der Massen war anders. Das brutale Vorgehen des Militärs empörte die Arbeitermassen ebenso sehr, wie sie den plumpen Schwundel der auf einmal so antikapitalistischen französischen Propaganda durchschauten. Prompt macht auch die KPD die Wendung. „Heran an die Massen, also überbietet sie die Sozialdemokratie, die bei aller Betonung des nationalen Abwehrtampfes doch für die Verständigung arbeitete. Das schimpfte man jetzt: die Vorbereitung der Kapitulation. Jetzt hat Karl Kadel, der vielgewandte theoretische Begründer jeder neuen Bauernführung auch dahin die „Theorie“ geliefert. Auf der Sitzung der Exekutive der KPD erklärte er:

In Deutschland hat die nationale Frage eine ganz andere Bedeutung. Es ist bezeichnend, daß ein nationalsozialistisches Blatt, „Das Gewissen“, in seiner letzten Nummer scharf gegen die Verdächtigungen der Kommunisten Stellung nimmt, sie als Kampfpartei bezeichnet, die von Tag zu Tag mehr nationalbolschewistisch werde“. Der Nationalbolschewismus bedeutete im Jahre 1920 ein Bündnis zur Rettung der Generale, die der kommunistischen Partei nach dem Siege sofort den Garau gemacht hätten. Heute bedeutet jedoch der Nationalbolschewismus, daß alles von dem Gefühl durchdrungen ist, daß die Rettung nur bei den Kommunisten vorhanden ist! Wir sind heute der einzige Ausweg. (Druck wie im Original, D. Red.) Die starke Betonung der Nation in Deutschland ist ein revolutionärer Akt, wie die Betonung der Nation in den Kolonien.

Befcheidenheit war ja nun freilich niemals eine Tugend Kadets, sonst hätte er sich diese Bemerkung, jeder empfindet, daß bei den Kommunisten die einzige Rettung sei, wohl etwas überlegt. Aber für die Offenheit, mit der er spricht, kann man ihm nur dankbar sein. Die Arbeiterfront wird sich für solche Experimente auf ihre Kosten bedanken.

Zum deutsch-dänischen Kulturvertragsabkommen ist am 14. Juni zwischen dem dänischen Außenminister und dem deutschen Geschäftsträger der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt.

Ein künstlicher Blitz von zwei Millionen Volt. Die stärkste elektrische Kraft, die jemals von Menschenhand hervorgebracht worden ist, eine Kraft von zwei Millionen Volt, wurde kürzlich in den Laboratorien der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft von Pittsfield in Amerika erzeugt. Sie erreicht in ihrer elementaren Wirkungskraft den Effekt eines Blitstrahls. Die Kraft wurde an einem in keinem Maßstab zu diesem Versuch aufgebauten Dorf erprobt, das im buchstäblichen Sinne des Wortes durch die Entladung in Staub verwandelt wurde. Man verdankt die Erzeugung dieser gewaltigen Kraft dem Italiener Giuseppe Foccioli, der sich in Amerika den Ruf eines neuen Edison erworben hat, und der das Experiment zu dem Zweck ausführte, das Leitungsgesetz der Gesellschaft gegen Blitzhäden zu sichern. Foccioli behauptet, daß die Erzeugung so hochgepanneter Ströme der Umformung der Materie zu dienen bestimmt ist. Da sie eine Entwicklung, die auf natürlichem Wege unendlich lange Zeit erfordert, im Augenblick herbeizuführen vermag, so daß man auf diesem Wege Kohle und Diamanten künstlich erzeugen könnte. Jedenfalls bedeutet die Erzeugung einer so gewaltigen Spannung von zwei Millionen Volt eine außerordentliche technische Leistung. Von der Spannung eines natürlichen Blitzes, die Steinmehl auf 50 Millionen Volt schätzt, ist allerdings auch diese Leistung noch sehr weit entfernt. Den wirklichen Blitz künstlich zu erzeugen geht schon deshalb über die bisher gegebenen Möglichkeiten hinaus, weil es kein Material gibt, das imstande wäre, eine solche Spannung festzuhalten. Schon bei normalen Hochspannungen macht die Frage der Isolierung Schwierigkeiten. Im übrigen fehlt der Messung jede Angabe der erzielten Stromstärke, so daß man sich von der Arbeitsenergie des von Foccioli erzeugten künstlichen Blitzes kein Bild machen kann. Der natürliche Blitz besitzt eine Stromstärke von 10 000 Ampere, so daß er an Energie die enorme Zahl von 500 Milliarden Watt — dem Produkt von Volt und Ampere — freisetzt. Erst wenn man den entsprechenden Energiewert des künstlichen Blitzes, in Watt ausgedrückt, kennt, kann man sich ein Bild von der hier künstlich erzeugten Kraft machen.

Ein Kofoko-Abend in Potsdam. Im Potsdamer Schauspielhaus findet Sonntag anlässlich der Volksbühnenfeier eine von der Volksbühne Potsdam veranstaltete Aufführung statt, die Sonntag wiederholt wird. In Harmonie mit dem Charakter des Hauses wird das Programm aussergewöhnlich reichhaltig des 19. Jahrhunderts (concerto grosso von Händel, Orchesterfuge von B. S. Bach) und Mozart's Schauspiel „Salon und Babonne“ beinhalten. Alle Mäde tanzen Tänze von Gluck und Mozart. Aufführende sind erste Kräfte der Staatsoper.

Das Schloßpark-Theater bringt als nächstes Werk die Uraufführung von Hans Hüb von Zwick's „Nach Troja's Fall“ am Mittwoch, den 27. Juni. Das Deutsche Opernhaus schließt in diesem Sommer seine Pforten nicht, sondern bringt am 1. Juli die große Operette von Robert Winterberg „Der Günstling der Janin“ bis auf weiteres täglich zur Aufführung.

Zur Wiederaufrichtung der russischen Medizin. Das Sekretariat von Fritz Bonin in Genf richtet einen Kursus an die europäischen und amerikanischen Heilpraktiker, insbesondere an die Ärzte, um die niedere gebrochene traditionelle und wissenschaftliche Medizin (Kupfer) wieder aufzurichten. Der Kursus ist von Vertretern fast aller europäischen Kulturstaaten unterzeichnet.

Bundestag des Arbeiter-Sängerbundes.

Nach einer Pause von drei Jahren trat das Parlament der deutschen Arbeiterlänger in Erfurt zusammen. Der Verbandsvorsitzende Prof. Meyer-Berlin eröffnete die Verhandlungen mit begrüßenden Worten an die Erschienenen, besonders an die Vertreter der ausländischen Bruderorganisationen. Der Bericht der Randprüfungs-Kommission stellt die Anwesenheit von 42 Delegierten aus 29 Gauen des Bundes fest; nicht vertreten sind die Gauen Danzig, Oberschlesien, Westfalen und Pfalz.

Bundevorsitzender Meyer-Berlin erstattete den Rechenschaftsbericht für die Zeit vom 1. April 1920 bis 31. März 1923. Der Bund umfaßte im April 1923 zusammen 263 659 Mitglieder (darunter 34 700 Frauen) in 3732 Männerchören, 743 gemischten und 691 Frauenchören. Das Mehr an Männerchören gegenüber 1920 beträgt 1556, an gemischten Chören 241, an Frauenchören 300 Vereine. Die fortwährende wucherische und von keiner Seite gעהemmte Erhöhung der Papierpreise hat sich beim Druck des Rosenmaterials und bei Herausgabe der obligatorischen Lieder im vollsten Maße ausgewirkt. Die Chormeisterfrage in der Staatlichen Hochschule in Berlin haben gute Ergebnisse für den Arbeitergesang gezeigt. Das 1921 erlassene Preisauschreiben brachte 750 Kompositionen, von denen 45 zum Anlauf gelangten. Der Verlag des Bundes, der den Vereinen gutes Material zu günstigen Bedingungen vermittelt, ist in seinem weiteren Ausbau durch fehlende Mittel gehemmt. Der Berichterstatter wandte sich scharf gegen die den Vereinen auferlegte Biersteuer, die kulturelle Bedeutung der Chörevereine müsse den Behörden gegenüber nachdrücklich unterzogen werden. Mangelndes Verständnis sei leider auch bei sozialistisch orientierten amüßlichen Stellen festzustellen. Die Anerkennung der Gemeinnützigkeit sei von Regierungsstellen verweigert worden, von denen man eine andere Auffassung erwarten müsse. Der Bund steht mit den Arbeiterlängern der amerikanischen Staaten in Verbindung, die Solidarität hat ihren Ausdruck in der Gewährung eines Dollarbarlehens gefunden, das zum Teil mit der Ueberweisung von Liedern abgegolten werden soll. In dem zur Hebung des Chorgesangs ins Leben gerufenen Reichsausschuß ist der Bund vertreten.

In seinen Erläuterungen zum Rassenbericht verwies Bundesführer Meyer-Berlin auf die Schwierigkeiten der Finanzgestaltung. Die Beitragsfrage muß eine Regelung erfahren, die eine gesunde Weiterentwicklung des Bundes verbürgt. Während der vergangenen dreijährigen Geschäftsjahre betrug der Bundesbeitrag einschließlich der Ertragssteuer nur 29 000 M. Den Bericht über das Bundesorgan, die „Deutsche Arbeiter-Sängerzeitung“, gaben die Sangesbrüder Fehsel-Berlin und Werner-Frankfurt a. M. Regge Aufklärung muß dem Bundesorgan überall Eingang verschaffen, um es bei besseren Zeitverhältnissen ständig ausbauen zu können. Die Generalversammlung nahm sodann die Berichte der Sonderprüfungs- und Kontrollkommission durch Werner-Frankfurt a. M. bzw. Schmidt-Leipzig entgegen.

In der Aussprache über die Vorstandsberichte traten zum Teil scharfe Gegensätze zu der Haltung der Bundesleitung in organisatorischer, faktischer und künstlerischer Hinsicht hervor. Bei aller Schärfe blieb aber die Diskussion auf einer Basis, die erkennen ließ, daß man im Arbeiterlängerparlament die Person von der Sache zu trennen weiß. Von mehreren Rednern wurde auch die mangelnde Anteilnahme der Arbeiterpresse an der Arbeiterlängersache mißbilligend gerügt.

Die Beratung der eingegangenen Anträge, die vorher eine Sonderkommission beschäftigt hatten, nahm den größten Teil des zweiten Verhandlungstages in Anspruch. Entsprechend dem vom Sgbr. Töpfer-Karlruhe erstatteten Bericht der beratenden Kommission beschloß die Generalversammlung einstimmig, daß der Zentralvorstand alljährlich je ein obligatorisches Lied für die drei Gattungen, Männer, Mischchor und Frauen, herauszubringen habe. Ein weiterer Beschluß macht es sämtlichen Bundesvereinen zur statutarischen Pflicht, auf je 50 Mitglieder mindestens ein Exemplar der Sängerszeitung zu abonnieren. Einstimmig wurde ferner beschlossen, den Bundesbeitrag auf monatlich 50 M. für jedes aktive Mitglied zu erhöhen. Die Herausgabe eines Bundesliederbuchs soll den Vorstand beschäftigen. Eine Anregung des Berliner Volkschors, eine zentrale Vermittlungsstelle zum Austausch großer Chorwerke zu schaffen, wurde stattgegeben. Zur Hebung und Förderung der Musikkultur innerhalb des U.S.B. soll ein dreiköpfiger künstlerischer Beirat eingesetzt werden. Für die Drucklegung und Herausgabe neuer Kompositionen soll ausschließlich der Bundesvorstand zuständig sein. Angenommen wurde ferner der vom Gau Schlesien eingebrachte Antrag „Der heutige Bundestag richtet hiermit an das Ministerium des Innern, Abteilung für Kirchen und Schulen, die Bitte, die unterstellten Dienstbehörden und Lehrer anzuweisen, der musikalischen Erziehung unserer Volksschüler mehr Beachtung zu schenken.“

Die Wahl der Bundesleitung hatte zum Ergebnis, daß die Sgbr. Meyer und Fehsel-Berlin als gleichberechtigte Vorsitzende amtiert sollen; für die Kassengeschäfte wurde Sgbr. Kaiser bestimmt. Die Kontrollkommission behält ihren Sitz in Leipzig, als Vorsitzender wurde Sgbr. Otto Schmidt wiedergewählt, auch die Sonderprüfungs-Kommission bleibt bis auf einige Ergänzungen die alte.

Die Haltung der behördlichen Stellen, die die Frage der Gemeinnützigkeit für die Gesangsvereine verneinen, wurde auf das schärfste mißbilligt. Die Aussprache fand ihren Niederschlag in der Annahme einer Entschlieung, die von der Regierung für die Konzerte der Vereine die gleiche Behandlung fordert, wie sie den Jugendpflege und Leibesübungen treibenden Korporationen zuteil wird. Bis zur Abänderung der gesetzlichen Bestimmungen vom 9. Juni 1921, nach der die Vereine zur Vermögenssteuer heranzuziehen sind, wird die Regierung ersucht, Konzertsveranstaltungen, die zum Zwecke der Kunstpflege und Volksbildung unternommen werden, als gemeinnützig zu erklären. Ferner wurde eine Entschlieung des Gaus Rheinland, die den Bundesvereinen die Pflege proletarischer Kunst und Ausdrucksform mehr als bisher zur Pflicht macht, angenommen. Nach einer Reihe von Beschlüssen formaler oder interner Natur wurden die Gehälter der Bundesangestellten neu geregelt und die Entschädigungsfrage gelöst.

Devisenkurse.

	21. Juni		20. Juni	
	Käufers (Gold-) Kurs	Verkäufers (Silber-) Kurs	Käufers (Gold-) Kurs	Verkäufers (Silber-) Kurs
1 holländischer Gulden . . .	49625.50	49879.50	51871.—	51629.—
1 argentinische Papier-Peso . . .	45896.—	45614.—	43890.—	44110.—
1 belgischer Franc	6758.—	6702.—	6683.—	6717.—
1 norwegische Krone	21147.—	21258.—	20545.50	20651.50
1 dänische Krone	22748.—	22857.—	22244.—	22336.—
1 schwedische Krone	33516.—	33684.—	33015.—	34085.—
1 finnische Mark	3521.—	3537.—	3431.—	3429.—
1 japanischer Yen	60847.50	61552.50	59850.—	60150.—
1 italienische Lire	5785.50	5814.50	5735.50	5764.50
1 Pfund Sterling	633537.—	636463.—	605899.—	606019.—
1 Dollar	126682.—	127318.—	129675.—	130325.—
1 französischer Franc	7905.—	7945.—	7980.—	8020.—
1 brasilianischer Milreis	13216.50	13283.50	12718.—	12782.—
1 Schweizer Franc	22748.—	22857.—	22941.50	23385.50
1 spanische Peseta	18892.50	18897.50	18908.—	18897.—
100 österr. Kronen (abgezt.)	—	—	178.55	177.50
1 schwedische Krone	—	—	3720.50	3789.50
1 ungarische Krone	—	—	13.95	14.01
1 bulgarische Leva	—	—	1595.—	1604.—
1 jugoslawischer Dinar	—	—	1421.—	1429.—

Tage der Rosen?

Selbst die Klimmutter Natur scheint sich gegen uns verschworen zu haben. Was war das sonst im Juni in Gärtnereien, Gärten und Laubentkolonien, in Blumenläden und Markthallen, auf Plätzen und an Straßenecken für eine Rosenpracht! Für die Königin der Blumen hatte man immer Geld übrig. „Rosen — schöne Rosen — sechs Stück für'n Groschen!“ Auch wer den Ridel nicht leidenschaftlich ausgab, konnte dem verführerischen Duft nicht widerstehen und trug ihn mit Naturliebe und Herzensfreude hinein in die muffigen Hinterhauswohnungen. Es war einmal — — — Für einen Hundertmarktschein ist beim Gärtner nichts mehr zu haben. Und die Rosenblüte hat uns heuer ebendrin ganz im Stich gelassen. Millionen von Knospen, die der Sonnenschein weniger warmer Maienstage angeleitet, werden sich kaum mehr berauschend öffnen. Die anhaltend kalte Witterung hat ihre Triedkraft gesöhrt, oder es wird letzten Endes ein kümmerliches Stiefmütterchen, was eine prächtige Rose werden sollte. Einst machte es dem Fortschritt der Verkehrsverhältnisse keine Schwierigkeiten, neben der heimischen Rosenzüchterei große Mengen frischer Rosen vom Auslande, besonders aus Bulgarien, mit den Orient-Expreszüge einzuführen, natürlich mit Hilfe von Eis und einem sehr fein ausgestochten Konfektionssystem. Die hohen Bahnstrafen haben das fast unmöglich gemacht. Was wir in großen Blumenhandlungen heute sehen, entstammt mit wenigen Ausnahmen der deutschen Rosenzucht in Treibhäusern. Der bekannte Rosengarten im Humboldthain und das Rosarium im Tiergarten sind ebenso mit der Blüte zurück wie die herrlichen Rosenfelder in Brieg, die sonst Mitte Juni viele Tausende von Berlinern mit ihrem Duft und ihrer Augenpracht anlockten. Einen so schlechten und teuren Rosenmonat hat es noch nicht gegeben. „Rosen — schöne Rosen — nur tausend Mark das Stück!“ Das und noch mehr zahlt man schon jetzt im Berliner Westen für eine lüppige Langgestelle.

Die Kartoffeln.

Zurückhaltung, Ausfuhr, Spiritusfabrikation.

In der heutigen Morgenausgabe haben wir darauf hingewiesen, daß die Bucherabteilung des Berliner Polizeipräsidiums Kartoffelkontrollen eingerichtet hat, um festzustellen, woher es kommt, daß so gut wie gar keine alten Kartoffeln auf den Berliner Märkten zu haben sind. Wie wir in Ergänzung unserer Nachricht mitteilen können, hat die Bucherabteilung eine Lagerkontrolle bei den Großhändlern vornehmen lassen und gleichzeitig die Güterbahnhöfe Berlins daraufhin kontrolliert, ob und wieviel Kartoffeln nach Berlin geliefert worden sind. Wie wir an zuständiger Stelle erfahren, hat sich folgende Tatsache ergeben: Die Belieferung Berlins mit alten Kartoffeln ist eine außerordentlich geringe. Soweit bisher festgestellt werden konnte, sind die nach Berlin gelieferten Kartoffeln den Verbrauchern restlos zugeführt worden. Von einer Zurückhaltung der Kartoffeln durch die Großhändler kann kaum die Rede sein, da die Großhändler auf diese Weise sich selbst schädigen würden, weil ja naturgemäß die alten Kartoffeln durch langes Lagern vollständig ungenießbar und unverkaufbar werden. Es kommt außerdem hinzu, daß die Lagerräume für Kartoffeln in Berlin sehr beschränkt sind. In dem Mangel an alten Kartoffeln sind verschiedene Ursachen schuld: einmal scheint es, als ob die Freigabe einer bestimmten Menge von Kartoffeln zur Ausfuhr die Schuld trägt, ferner, daß den Landwirten zugestanden erweiterte Kontingenz für Spiritus- und Stärkefabrikation. Es ist ferner nicht ausgeschlossen, daß die Landwirte Kartoffeln zurückhalten. Man darf allerdings dabei nicht vergessen, daß die Bestände an alten Kartoffeln bei den Landwirten größtenteils verfault sind, da die Kartoffel beim Festen von Heu und Stroh das billige Futtermittel darstellt. In der heutigen Morgenausgabe der „Deutschen Tageszeitung“ fordert nun allerdings der Landbund die Bauern und Besitzer auf, in die Städte mehr alte Kartoffeln zu liefern, um der Kartoffelknappheit zu steuern. Aus dieser Aufforderung ist der Schluss gerechtfertigt, daß auf dem Lande mehr Kartoffeln vorhanden sind, als geliefert werden, d. h. also, daß die Landwirte Kartoffeln zurückhalten.

Die Mittelungen beschränken sich mit unserer wiederholte veröffentlichten Anregung, die Kartoffelkontrollen nicht in den Städten, sondern auf dem Lande zu veranstalten.

6 Monate Gefängnis für Beschimpfung der Republik.

Eine freche Beschimpfung der Republik muß der Kaufmann Walter Ferdinand Schulz, der sich vor dem Schöffengericht Berlin-Tempelhof zu verantworten hatte, mit einer empfindlichen Strafe büßen. Anlässlich einer Ansammlung am 12. Oktober vor den Kammerjahren wurde der Angeklagte von zwei Mitgliedern des Jugendbundes Schwarz-Rot-Gold gestiftet, weil sie von ihm die Versicherung gehört hatten: „Das ist die Judenrepublik. Es muß erst mal wieder so'n Sau niedergeknallt werden!“ In der Verhandlung glaubte der Angeklagte sagen und klopfen zu müssen: „Wir werden doch gehen und überall wie das Vieh behandelt!“ und mußte sich von dem Vorsitzenden, Amtsgerichtsrat David, eine entschiedene Abwehr gefallen lassen. Der Angeklagte wollte die Versicherung über die Judenrepublik nicht getan haben, während er die andere Versicherung nicht abstreiten konnte. Das Gericht nahm die Sache mit Recht ernst genug und erkannte auf eine empfindliche Strafe von 6 Monaten Gefängnis. Er mag sich dafür bei jenen verantwortungslosen dreifachen Beselern bedanken, die ihre patriotische Aufgabe darin sehen, aus dem verschwiegene Redaktionsbüchlein schmieriger Revolverblätter schändliche Angriffe gegen die Republik und ihre Berater zu richten. Das Urteil ist eine Warnung für alle jene, die das Recht des Bürgers auf Kritik zu Beschimpfungen und Drohungen mißbrauchen.

Ein nachahmendwertes Beispiel.

Einen anerkenntens- und noch nachahmenswerten Versuch praktischer Kinderhilfe hat soeben eine Sanftmütige Kleingartenkolonie gemacht, deren Mitglieder einstimmig beschlossen haben, einen Teil der Erdbereerte der Berliner Waisen- und Kindertrankenhäuser zur Verfügung zu stellen. Die Leitung des Waisenhauses in der Alten Jakobstraße hat die Entbode mit Freuden begrüßt, da sie dadurch einer großen Sorge entbunden ist. Die Direktion war auch damit einverstanden, daß die Verteilung an die Kinder von den Kolonisten persönlich vorgenommen wird. Da nun die Kolonie nur 60 Hektaren von durchschnittlich je 450 Quadratmetern umfaßt, so kann selbstverständlich auch nur ein ganz winziger Teil der des Obstes so bedürftigen Berliner Kinder bedacht werden, und es ist dringend zu wünschen, daß das erfreuliche Vorhaben dieser Kolonie in Groß-Berlin weitgehende Nachahmung findet. Auf diese Weise können in der Tat der Kinderwelt, aber auch dem hilflosen Alter, wichtige Nährwerte zugeführt werden. Uebrigens haben einige Berliner Kleingartenvereine vor zwei Jahren mit Herbstgemüsen und Kartoffeln ähnliche erfreuliche Hilfsaktionen begonnen. In diesem Jahre könnten deshalb die gewonnenen Erfahrungen in größerem Umfang nutzbar gemacht werden.

Das Finanzamt auf dem Posten.

Ein in einem kleinen schließlichen Dorfe des Kreises Schönau lebender 71jähriger Sozialrentner, der sein Dasein aus der Sozialrente und einer reichgründigen jährlichen Pension von 1000 M. (tausend Mark) frillen möchte, wenn er nicht hin und wieder von seinen in Berlin lebenden Kindern unterstützt würde, erhielt, wie uns berichtet wird, im Januar dieses Jahres von der Banco Nacional de Bolivia auf Spanisch die Mitteilung,

daß für ihn an eine Londoner Bank ein Giro-Buch über einige Pfund Sterling überweisen worden sei. In diesem Schreiben ist der Name des Schenkenden nicht genannt. Der alte Herr kann nur vermuten, daß diese Schenkung von seinem im Jahre 1909 ausgewanderten Sohne herrührt. Bis zum 10. Juni dieses Jahres war auf diese Bankmitteilung weiteres nicht erfolgt. Das Hilfs-Finanzamt Schönau (Ragbach) beanstandete nun die für 1922 abgegebene Einkommensteuer-Erklärung durch das Gemeindefinanzamt mit der Begründung, es hätte Kenntnis davon, daß dem alten Herrn eine Millionen-Schenkung aus Argentinien zugefallen sei. Das Finanzamt Hirschberg (Schlesien) geht noch weiter, indem es durch eingeschriebenen Brief einen vorläufigen Schenkungssteuerbescheid über einen erheblichen Betrag zustellt, in der das Amt sogar den Namen des Schenkenden angibt und Verzugszinsen von 5 Proz. ab 22. April dieses Jahres verlangt. Und dies alles wegen einer Schenkung, von der noch kein Mensch weiß, ob und wann sie zur Auszahlung gelangt.

Der redliche Eifer der beiden Finanzämter wäre sicher lobenswert, wenn sie sich nur ein dankbareres Objekt aussuchen würden, als das noch in der Luft schwebende Millionen eines armen Sozialrentners. Ob wohl die kapitalstarken Bewohner jener Gegend mit gleichem Eifer betraut werden?

Wofür noch Geld da ist.

„Wir bitten die Elternbeiräte, in ihren Schulen eine Umlage von mindestens 100 M. pro Schüler zu erheben; höhere Beträge sind dringend notwendig“ — so wendet sich ein Flugblatt der Arbeitsgemeinschaft der Elternbeiräte an den Realschulen Berlins an die Vertreter der Elternschaft. Geld ist notwendig — wofür? Für hungernde Schulkinder? Für Wäsche und Kleidung? Für die Unterstützung begabter Kinder unbemittelter Eltern? Weit gefehlt! Wer sollte dafür Geld übrig haben in dieser Zeit der Not! Es gibt ja so viel dringende Aufgaben. Höre und laune, lieber Leser: „Den Berliner Realschulen drohen schwere Gefahren. Einflußreiche Kräfte wühlen im Geheimen, die beiden untersten Klassen der Realschulen abzubauen. . . . Wir verlangen aber, daß man unsere Schulen nicht ab-, sondern aufbaut, indem man mit dem fremdsprachigen Unterricht in der 6. Klasse beginnt. Das also ist's. Aufzubauen gilt's. Und das macht man, indem man die Schüler möglichst früh in „höhere“ und in „Voll“-Schulen trennt. Wir bildeten uns bisher ein, es sei ein erheblicher Fortschritt, daß unsere Berliner Realschulen die Kinder zwei Jahre lang mit Fremdsprachen vershoneten, daß ein Uebergang von der Volksschule zur Realschule noch nach sechs Volksschuljahren möglich wäre. Aber das war alles nur Einbildung. Nach schlimmer war es natürlich, daß die Sozialdemokraten nun die beiden untersten Klassen der „höheren“ Schulen überhaupt für überflüssig erklärten. Das war schon vor vier Jahren. Und 1920 schloß sich der Magistrat dem an. Und bei jeder Staatsberatung seitdem forderten die Sozialdemokraten die Ausfuhrung des Beschlusses. In breiter Öffentlichkeit. Durchaus nicht „im Geheimen“. Aber wir würden uns freuen, wenn unsere Kräfte endlich „einflußreich“ wären. Dann wären wir ein kleines Stück weiter gekommen auf dem langen Wege zu einer einheitlichen Schule des Volkes, die allen Kindern die ihrer Begabung entsprechende Ausbildung ermöglicht. Und Eltern und Elternbeiräte sollten uns mit allen Kräften bei diesem Aufbau, der ein Aufbau ist, unterstützen. Haben sie, die Eltern, die Arbeiterschaft, die Beamten-schaft, auch nur irgendwie Interesse an der Erhaltung der sechs-klassigen Realschule, der neunklassigen höheren Schule? Ist nicht jeder „Abbau“, jede Verkürzung des Lehrgangs der höheren Schulen eine Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen? Eine Erfüllung auch der Forderungen, die die Not an uns stellt?“

Zur weiteren Bearbeitung dieser Angelegenheit wurde ein Ausschuß gewählt, bestehend aus zwei Mitgliedern der Schule und drei Mitgliedern der Elternschaft. Hier liegt des Rätsels Lösung. Die „Mitglieder der Schule“, die Herren Philologen und Studienräte sorgen sich um ihre Standesschule, sie wollen nicht an einer Schule unterrichten, die dem „Volke“ offensteht, sie wollen die höhere Schule den bevorrechtigten Gesellschaftsklassen erhalten wissen.

Der Hund in der Dachrinne. Aus einer eigenartigen Ursache wurde die Hauptwache der Feuerwehr heute früh gegen 5 Uhr angelaufen. Ein Bach und des Warenhauses Wertheim hatte sich auf dem Dache verlaufen und sah in der Dachrinne, so daß er abstürzen konnte. Die Feuerwehr entsandte einige Beamte mit einer mechanischen Leiter, die schließlich nach längerem Bemühen den wertvollen Hund aus seiner üblen Lage befreien konnten.

Der Prozeß gegen den Heiligens Hubert Meider und Genossen wegen Abtreibung mit tödlichem Ausgang, endete mit der Verurteilung Meiders zu sechs Jahren Zuchthaus. Der Apotheker Bobolz und die Ehefrau Meiders wurden freigesprochen. Zwei mitangeklagte Frauen Krüger und Bergemann erhielten Gefängnisstrafen von sieben bzw. neun Monaten mit dreijähriger Bewährungsfrist.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Mild und veränderlich, überlegend kühe, mit Regenschauern und Stößen westlichen bis nordwestlichen Winden.

Die Aetna-Katastrophe.

Der Feuerstrom der Lava im Fortschreiten.

Nach den letzten Meldungen aus Messina hat sich gestern an dem Krater an der Westseite eine neue Öffnung gebildet, aus der große glühende Lavamengen herausströmen, obwohl Bronte und Aderne noch nicht direkt bedroht sind. In Lavinario ist der Lavastrom, der von diesem Krater herbeigeführt ist, dicht bis an das Dorf herangetreten. Es ist jetzt möglich, die Größe des Kraters an südöstlichen Abhänge zu schätzen. Der Lavastrom hat dort eine Breite von fünf bis sechs Meilen und ergießt sich bis nach Giarre. Einmal niedriger ergießen sich zwei andere Ströme. Innerhalb einer Viertelmeile ist die Hitze, die der Feuerstrom verbreitet, unerträglich. Der Lavastrom macht ein Geräusch, als ob eine Riesenfeste in weiter Entfernung raselt. Ab und zu hört man gewaltige Explosionen, die durch das Zerbrechen der Erdkruste unter den mächtigen Schichten des Feuerstroms verursacht sind. Ueber all diesen Schreien hängt ein dichter weißer Rauch. Die traurigen Projektionen der flüchtenden Bauern, die nicht wissen, wohin sie sollen, lassen sich mit Worten kaum schildern. Auf kleinen Karren reiten sie ihre dürftigsten Habeleistungen und betrachten stumm mit Verzweiflung die zahlreichen Umständer, die herbeistehen, um sich das Unglück anzusehen. — Durch die sich weiter heranwährende Lava scheint es leider nicht mehr möglich zu sein, das Städtchen Lingua Gioiosa zu retten. Der Lavastrom ist bereits in das Städtchen eingedrungen. Die ersten Häuser liegen schon unter der 20 Meter hohen Lavamasse.

Die sämtlichen Blätter veröffentlichen lange Berichte ihrer Sonderberichterstatter über den Ausbruch des Aetna. Der Lavastrom, der sich aus dem Krater des Aetna ergießt, gleicht einem reisenden Strom von dunkler Tiefe, aus dem grelle Blitze aufsteigen. Die Masse verbreitet sich über die Abhänge mit einer U-Schwindigkeit von 20 bis 30 Meter in der Stunde und rollt mit einem metallisch klingenden Geräusch vorwärts. Unter der riesigen Hitze des heran-nahenden Lavastroms drehen sich die Bäume zusammen, klammern auf und sind bereits völlig verkohlt, wenn die Lava sie erreicht. Auf diese Weise sind ganze Wälder und Weinberge verschwunden. Häuser stürzen unter dem ungeheuren Druck der Lava zusammen wie Kartenhäuser.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

85. Wkt. Tempelhof. Morgen, Freitag, 22. Juni, pünktlich 7 1/2 Uhr: Gemeindefinanzamt, Tempelhof, Berlin. Freitag, 22. Juni, 7 1/2 Uhr: im Jugendheim, Breite Str. 34: Vorstandssitzung mit Abteilungsführern.

Gewerkschaftsbewegung

Generalversammlung der Berliner Betriebsräte.

Im großen Saale des Gewerkschaftshauses logie Dienstag abend die erste Generalversammlung der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin nach der erfolgten Neuwahl der Betriebsräte. Der Versammlungsleiter wies eingangs darauf hin, daß sich die gewählten Delegierten ihrer großen Aufgabe voll bewußt sein müssen und daran denken sollen, daß wir vielleicht schon in nächster Zeit zu Kämpfen gezwungen werden, wie wir sie in den letzten Jahren noch nicht kennen gelernt haben. Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte ergriff Emil Barth das Wort zum Bericht über die Tätigkeit der FBRZ. In groß angelegter Rede gab er einen Rückblick über das verfloßene Jahr und behandelte die innen- und außenpolitischen Verhältnisse. Seine mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgten und oft durch Beifall unterbrochenen Ausführungen bewegten sich in folgenden Gedankengängen:

Wenn heute die Tätigkeit der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin zum Gegenstand der Kritik gemacht werde, so muß dabei berücksichtigt werden, daß wir nur für das verantwortlich gemacht werden können, wofür wir nach dem Aufbau der Betriebsräteorganisation auch verantwortlich sind. Die Funktionäre haben uns im letzten Jahre nicht genügend unterstützt. Alle Veranstaltungen waren mangelhaft besucht. Die politische Arbeit hat darunter sehr gelitten und unsere Arbeit hat sich äußerst schwierig gestaltet. Wollen wir unsere Tätigkeit betreiben, so müssen wir die Wege auf all die großen Aufgaben

auf wirtschaftlichem und arbeiterrechtlichem Gebiete

lenken. Die Außen- und Innenpolitik ist völlig gerufen und führerlos. All die Verhandlungen in der Reparationsfrage haben uns nicht vorwärts gebracht. Der einzige Fortschritt ist in Genua durch das mit Ausland getroffene Rapallo-Abkommen erzielt worden. Im Inlande sind die Arbeiter bei den großen Steuerkämpfen von den Steuerdrückern an die Wand gedrückt worden. An der einzelnen Stellungnahme der Arbeiter zu diesen wichtigen Fragen hat es leider oft zu ihrem eigenen Schaden gefehlt. Die Vereinnung der beiden großen politischen Parteien war ein großer Fortschritt; gelangt es aber nicht, das gesamte Proletariat zur Einigung zu bringen, so kann man sagen, läßt alle Hoffnung draußen. Redner kam auf den von den Kommunisten eingeschlagenen Iser und später 23er Ausschuß zu sprechen und sagte: Durch diese Propaganda ist

der wildeste fanatische Haß

in die Reihen der Arbeiter getragen, worunter ihre Stohkraft gewaltig gelitten hat. Durch diese Bewegung ist die Arbeiterschaft in Deutschland gewaltig geschädigt worden. Ihre Stohkraft ist dadurch nicht gerührt, sondern gelähmt worden. In der denkbar schwersten Zeit, in der wir uns jetzt befinden, muß hinter das Gitter ein Strich gezogen werden, damit wir heute vereint und geschlossen dastehen. Barth schilderte eingehend das Salutaselend, die ungeheuren Schwierigkeiten, die uns nicht vorwärts kommen lassen und kam zum Bericht über die politische Tätigkeit der FBRZ. In zahlreichen Gruppenversammlungen, Generalversammlungen und Gruppenratsungen haben wir Auffklärung verbreitet, sondern aber leider nicht immer das nötige Verständnis für unsere Ideen. Mehr als 3000 Rechtsauskünfte wurden im Bureau und ebenso viele telefonisch erteilt. Die in die Ausschüsse gewählten Betriebsräte wurden zu mehreren Sitzungen einberufen und über ihre schweren Aufgaben beraten. Überall haben wir versucht, die Kenntnisse zu bereichern und das Wissen zu vervollständigen, denn mehr als je gelten heute die Worte Plehnechs: Wissen ist Macht!

Die Ausgaben der FBRZ betragen im letzten Jahre 12 420 000 Mark. Die Einnahmen zeigten sich wie folgt zusammen: Kfz-Ortskarte Berlin 363 000 M., Erlös aus Hörerkarten 206 000 M., Bücherbetrieb 110 000 M., von der Gewerkschaftskommission 11 751 000 M.

Redner verlas dann die in der letzten Plenarversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission angenommene Entschliessung, erläuterte sie eingehend und forderte die Versammlung auf, sich einmütig hinter diese Entschliessung zu stellen. An der Hand graphischer Darstellungen aus der Textilindustrie stellte er Profite und Löhne einander gegenüber, bewies, daß der Produktionsertrag gewaltig gestiegen ist,

der Reallohn aber immer tiefer sinkt.

Er zog das Angebot der Industrie in den Bereich seiner Erörterungen und erklärte, dem Reparationsprogramm der Besiegten gegenübergestellt werden. Dabei müsse man aber weltwirtschaftlich denken und dürfe nicht von einem Extrem ins andere verfallen. Die Lohnfrage müsse dabei das Sekundäre, die Steuerfrage aber das Primäre werden. Wollen wir die Träger des Staats-

gedankens sein, so ist das nur möglich, wenn wir die politische Macht ergriffen haben. Das Wort Arbeiterregierung, das jetzt noch ein Schlagwort ist, wird dann zu einem völlig festen Begriff, wenn es fest in den Herzen der Masse wurzelt, wenn es Gemeingut der großen Masse der Schaffenden geworden ist. In diesen wildbewegten Zeiten, wo eine Welle nach der anderen gegen uns herbrandrauscht, muß Schlus gemacht werden mit dem Bruderkampf. Die Betriebsräte, die den ersten Ansturm ihrer Belegschaften auszuhalten haben, müssen sich ihrer großen Aufgabe voll bewußt werden. In dem Augenblick, wo alles gegen uns anstürmt, gilt es alles aufzubieten, uns mit dem geschlossenen stählernen Bunde revolutionärer Disziplin zu umschlingen, dann können wir sagen: Unser die Welt trotzdem und allem!

Die sich dem Referat anschließende Debatte war sachlich und bewegte sich auf einem höheren Niveau, als wir es sonst leider in den Betriebsräteversammlungen gewohnt sind. Sie verfolgte die Rot der Zeit wider und war getragen von dem Gedanken, einen Weg zu finden, der die Arbeiterschaft wieder vereint und geschlossen vorwärts bringt. Dabei fehlte es nicht an einer herben Kritik besonders an der Tätigkeit des Reichswirtschaftsrates. Eine Reihe Resolutionen und Anträge wurden eingebracht. Die Kommunisten beantragten u. a. ein Mißtrauensvotum gegen die FBRZ. — Ein Schlußantrag setzte der Debatte gegen 11 Uhr ein Ziel — Nach einem längeren Schlußwort des Referenten wurde eine Entschliessung angenommen, die die Tätigkeit der FBRZ billigt und sich einmütig hinter die Resolution der Plenarversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission stellt und deren restliche Durchführung fordert. Der KDOB soll erlucht werden, in der nächsten Bundesversammlung dem Genossen Emil Barth Gelegenheit zu geben, seinen Standpunkt klarzulegen.

Brunnenvergiftung.

Die gegenwärtige verworrene Lage erscheint den Katastrophopolitikern ausnahmsweise günstig, um im Trüben zu fischen. Das Organ jener Partei, die vor keinem Mittel zurückschreckt, um die Geschlossenheit der Gewerkschaften zu zerreißen, ihre Aktionskraft zu lähmen, weil sie sich nicht wie die „Union“ für die Zwecke der russischen Außenpolitik mißbrauchen lassen, sich der Moskauer Diktatur nicht unterwerfen, verächtlich die „reformistischen Gewerkschaftsführer“ in der niedrigsten Weise. Sie wollten mit den Unternehmern zusammen den Versuch machen, die heutigen elenden Reallohne nicht nur nicht über eine Höchstgrenze hinausstücken zu lassen, sondern sie systematisch tiefer zu drücken. Dabei ist auch der KDOB und ihrer „Roten Fahne“ nicht unbekannt, daß die Gewerkschaftsmitglieder nicht nur ihre Vertreter bei Lohnverhandlungen selber bestimmen, sondern in den meisten, insbesondere aber in den wichtigsten Fällen über die Annahme der Ablehnung des Verhandlungsergebnisses entscheiden.

„Erfämpft den Friedensreallohn!“ lautet die neue Parole der Firma, die in Deutschland ihre Filiale einrichtete, als die Gewerkschaften einen „Friedensreallohn“ erlangt hatten, der ihnen keineswegs genügt; mit den sie sich jedoch abfinden mußten, weil die große Mehrheit der heutigen Gewerkschaftsmitglieder in der Vorkriegszeit den Gewerkschaften noch fernstand.

Dieser Friedensreallohn kann erlangt werden, sobald wir wieder Friedensverhältnisse haben. Das wissen die Parolmacher sehr wohl. Für die Gewerkschaften aber handelt es sich in der gegenwärtigen Situation zunächst darum, die unausgesetzte Entwertung ihrer heutigen Löhne zu verhindern, mit anderen Worten, die Löhne den veränderten Selbsterhältnissen möglichst rasch und ausreichend durch entsprechende Zulagen anzupassen. Es ist furchtbar, über die Schwierigkeiten, die dabei zu überwinden sind, um zu einer möglichst günstigen Regelung zu kommen, zu schweigen und es ist niederträchtig von „einer neuen Methode zum Massenbetrug“ zu schreiben. Die Herrschaften, die nicht einmal die Verantwortung für ihre eigenen Heldentaten übernehmen, glauben zum Zwecke ihrer Parteiloyalität sich solche Brunnenvergiftungen leisten zu können. Für die ihrer Verantwortung gegenüber den Gewerkschaftsmitgliedern bewußten „reformistischen“ Gewerkschaftsführer sind die Dinge zu ernst, als daß sie sich durch die kommunistischen Parolen und Resolutionsmacher in ihrer Tätigkeit behindern lassen. Aber auch kein vernünftiger denkendes Gewerkschaftsmitglied wird sich durch die kommunistischen Quertreibereien irren lassen. Für die oangen Parolen kann sich kein einziger Arbeiter auch nur ein Stück Brot kaufen. Die Gewerkschaftsarbeit aber kann der Arbeiterschaft um so mehr zu einem menschenwürdigen Existenzminimum verhelfen, je weniger ihre Mitglieder solchen Parolen folgen, je mehr und je fester sie zu ihren Gewerkschaften hält und deren Tätigkeit in jeder Weise fördert.

Erste Lage in der Berliner Holzindustrie.

In einer Mittwoch abend abgehaltenen überfüllten Versammlung der Berliner Funktionäre des Deutschen Holzarbeiterverbandes in Siemens Festhallen in der Halenheide erörterte Freigang den Bericht über die Lohnverhandlungen. Er führte aus, daß man die Unternehmer erst mehrmals habe auffordern müssen, ehe sie sich überhaupt zu Verhandlungen über Lohnerböhung bewegen ließen. Man hatte eine hundertprozentige Lohnerböhung gefordert, erreichte aber

doch nur nach vielem Hin und Her ein Angebot von 45 Proz. Zulage. Das habe man unter keinen Umständen annehmen können, und der Referent empfahl auch der Versammlung die Ablehnung, um den Unternehmern zu zeigen, daß es so wie bisher nicht weitergehen kan. Eine vorgelegte Entschliessung, die ebenfalls die Ablehnung ausspricht und neue Verhandlungen fordert, wurde von der Versammlung einstimmig angenommen. In den Betrieben soll die Forderung von 100 Proz. Lohnaufschlag erneut erhoben und verlangt werden, daß bis zum Freitag Bescheid gegeben wird, weil dann eine beschließende Versammlung stattfindet. Ferner wurde einstimmig einem Antrag aus der Versammlung stattgegeben, wonach eine Delegation zu gleichzeitig tagenden Sitzungen anderer Organisationen entsandt wird. Fünf Kollegen wurden nach dem Friedrichshain zu einer Versammlung der Metallarbeiter und eine gleiche Anzahl nach dem Lehrervereinshaus zu den Gemeinde- und Staatsarbeitern entsandt. Die allg. meine Gruppenversammlung findet erst Ende nächster heilliches Handeln zu überbringen. Ueber das Angebot der Unternehmer gab es in der ganzen Versammlung nur einen Sturm der Entrüstung.

Zur Frage des wertbeständigen Lohnes.

Die Zentralarbeitsgemeinschaft des Deutschen Transport- und Verkehrsverbandes teilt uns mit:

„Der Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft des Deutschen Transport- und Verkehrsverbandes hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Frage des wertbeständigen Lohnes beschäftigt und einstimmig beschlossen, wegen der großen Bedeutung dieses Problems die Frage in einer in den nächsten Tagen stattfindenden Sitzung zu behandeln und erforderliche Beschlüsse zu fassen.“

Lohnbewegung im Buchhandel.

Für die im Berliner Buchhandel beschäftigten Markthelfer und Bader ist das Lohnabkommen für die zweite Junihälfte abgeschlossen. Nach langen und lebhaften Verhandlungen, die öfter zu Scheitern drohten, erklärten sich die Arbeitgeber zu folgenden Zuschlägen bereit: Für die Zeit vom 17. bis 23. Juni 100 Proz., vom 24. bis 30. Juni 125 Proz. Für die Woche vom 10. bis 16. Juni wurden noch 50 Proz. nachbewilligt. Diese Zuschläge verbleiben sich auf sämtliche Sätze des am 16. Juni abgelaufenen Lohnabkommens. Tarifauszüge sind im Bureau, Gewerkschaftshaus, Zimmer 26, gegen Verbandsausweis abzuholen.

Die Allgemeine Gruppenversammlung findet erst Ende nächster Woche statt. Die Kollegen werden erlucht, schon jetzt für guten Besuch der Versammlung zu werden. Näheres wird rechtzeitig bekanntgegeben. Die Vertrauensleute haben am Freitag eine wichtige Zusammenkunft im Gewerkschaftshaus.

Lohnverhandlungen in der Chirurgiemechanik.

Bei den Lohnverhandlungen am Dienstag über die neuen Lohnsätze wurden folgende Vereinbarungen getroffen:

Für die Zeit vom 16. bis 23. Juni werden für die Chirurgiemechanik die Lohn- und Akkordlöhne sowie der feste Stundenlohn um 20 Proz. erhöht. Für die Woche vom 25. bis 30. Juni um weitere 20 Proz. (zusammen 40 Proz.).

Für Orthopädiemechaniker und Wandagisten werden die Löhne ab 15. bis 30. Juni um 100 Proz. erhöht. Jugendliche unter 18 Jahren erhalten die Sätze des KDOB.

Neue Lohnvereinbarung für das Eisenblechgewerbe.

Für die Zeit vom 17. bis 27. Juni ist ein Stundenlohn von 8000 M. vereinbart, Akkordzuschlag 79 990 Proz.; für die Zeit vom 28. bis 30. Juni ein Stundenlohn von 10 000 M., Akkordzuschlag 99 999 Proz., vereinbart. Träger auf Bauten erhalten den Stundenlohn der Gefellen. Für jugendliche Arbeiter gelten die bisherigen Richtlinien. Neue Verhandlungen am 27. Juni.

Der Lohn der Rohrleger und Bauklempner beträgt vom 14. bis 20. Juni 5500 M. pro Stunde, vom 21. bis 27. Juni 7300 M.

150 Prozent Lohnerböhung in den Wag- und Schließeisenschäften. Nach dreimaligen hartnäckigen Verhandlungen vor dem Schlichtungsamt Groß-Berlin kam endlich am 16. Juni zwischen dem Deutschen Verlehrsband (Sektion VII) und 15 Wag- und Schließeisenschäften ein Lohnabkommen zustande, welches für Wächter und Kontrolleure für den Monat Juni eine 150 prozentige Lohnerböhung vorsieht. Die Kleidergeldentschädigung wurde um 200 Prozent erhöht.

Die Zahl der unterstehenden Erwerbslosen in Oesterreich betrug Anfang Juni 100 011, wovon 65 323 in Wien. Die produktive Erwerbslosenfürsorge konnte bisher rund 12 000 Erwerbslosen Beschäftigung verschaffen.

Verantwortlich für Politik und Wirtschaft: Viktor Schiff, Berlin; Gewerkschaftsbewegung: A. Stelzer, Berlin; Journalismus: E. S. Döber, Berlin-Wilmersdorf; Redaktions- und Geschäftsführer: Fritz Korbach, Berlin-Wilmersdorf; Anzeigen: H. Giese, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

Fahrtvergütung!

Wer klug ist, legt sein wertloses Geld in Ware an!

➔ Noch gebe ich ➔

Anzüge, Schlüpfen, Gummimäntel, Hosen
Jünglings-Sport-Anzüge

in reicher Auswahl zu billigen Preisen, soweit Vorrat reicht!

Geschäftszeit: 9-1, 3-6

Hugo Simon Spezialhaus für erstklassige Herrenkleidung 133
Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 133
an der Bismarckstraße.

Weitester Weg lohnend, da Fahrtvergütung!

Zahngebisse

auch zerbrochene per Zahn 25 000-250 000 M.
Gold-, Silber-, Platin- und Brillanten u. Edelsteine
kauft zu höchsten Tageskursen
Edelmetallverwertung Heusinger
C., Roßstr. 8 Laden, 400
Lindenstraße 2

Zur Rheinfrage.

einer unserer größten gegenwärtigen Sorgen, nimmt mit strenger Sachlichkeit Stellung das oben erwähnte Werk

Die Rheinlande in der Franzosenzeit

Von Dr. Alexander Conrady

Nach dem Urteil des 20. Geleit-Gesetzes umfassen den Bucher kein folgende Kapitel enthält: Der alte Rhein / Beschreibung und Geschichte / Geschichte und Bedeutung / Der Rhein als Lebensader / Die Rheinlande / Die Rheinlande in der Rheinzeit / Die Rheinlande in der Franzosenzeit / Die Rheinlande in der Gegenwart / Das Ende der Rheinzeit

Preis-Grundzahl: brosch. M. 3.—, geb. M. 4.50

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW 68, Lindenstraße 2

Anzüge Paletots
Hosen
fertig und nach Maß
Gummimäntel
Manchester-Loden
Knochen-Garderob.
Wäsche, Hüte
Gute Waren
Billige Preise
Auf Wunsch Zahlungs-
vereinfachung
In kleinen Teilparcels
G. Prager
Brunnenstraße 31
1. u. 2. Etage

Zeitungsblätter
gebündelt, ca. 1000.
Sonderangeboten
Lampfen, Leuchten
oder Preise
Hankölln, Berlin
Vingelg. Reichenberg
Fernspr. Berl. 261.

Gardinen

Sonderangebote u.
Gelegenheits-Käufe
in Resten
Stores, Bettdecken
Kissen- und
Kleidergardinen.
Sonderangeboten
Hankölln, Bergstr. 57
am Kiechkanal.

Marken-Zigaretten
Schweizer Stumpfen
und Zigarren
gibt billigst ab
Adolf Nagel
Hermannplatz 6